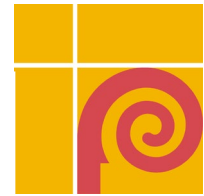


01.12.2022
193a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



**Sozialethische Positionen zur Energiekrise
von Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ (Hildesheim),
Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale
Fragen der Deutschen Bischofskonferenz**

Gemeinsam entschlossen und besonnen handeln

Vorbemerkungen

Seit dem Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine sind die Preise für lebensnotwendige Güter wie Energie und Lebensmittel stark gestiegen. Darüber hinaus wird vielfach die Angst vor Versorgungsengpässen im Winter artikuliert, ebenso vor Produktionsverlagerungen der Industrie und vor dauerhaften Wohlstandsverlusten. Diese Situation macht mir Sorgen. Gleichzeitig sind Besonnenheit und ein differenzierter Blick unverzichtbar. Als Christinnen und Christen stehen wir in der Verantwortung. Vor den Problemen in der Welt die Augen zu verschließen, ist keine Lösung, denn kein Mensch ist eine Insel. Vielmehr ist „alles miteinander verbunden“, wie Papst Franziskus in seiner Enzyklika *Laudato si'* schreibt.

Die gegenwärtige Inflation in Deutschland und in anderen Ländern sowie weitere globale Verwerfungen haben wesentlich mit den Sanktionen zu tun, die Deutschland und die Europäische Union gegen Russland aufgrund seines völkerrechtswidrigen und barbarisch geführten Krieges gegen die Ukraine verhängt haben. Auch deshalb werden die Sanktionen in der demokratischen Öffentlichkeit breit diskutiert. Im Kern sollen sie dazu beitragen, das Unrechtsregime um den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu schwächen, den Krieg schneller zu einem Ende zu bringen und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen. Es geht um universale Grundrechte wie Freiheit und Selbstbestimmung. Diese Ziele und die verhältnismäßigen Mittel zu ihrer Durchsetzung sind ethisch gerechtfertigt. Gleichzeitig haben Sanktionen auch schmerzliche Konsequenzen für die sanktionierenden Gesellschaften. Hier gilt es, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und niemanden zurückzulassen. Wir stehen gemeinsam für unsere Werte ein. Ich bin überzeugt: Unser Land ist in der Lage, die Sanktionen durchzuhalten und sich nicht spalten zu lassen. Gemeinsam können wir mehr, als wir denken: Wir können mit dieser Krise umgehen.

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 103 214
Fax: +49 (0) 228 103 254
E-Mail: pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz

Es kommt nun darauf an, die aus den Sanktionen gegen Russland entstehenden Einschränkungen für die Menschen in unserem Land abzumildern, das Durchhaltevermögen und die Widerstandskraft der Gesellschaft zu stärken und diese Krise gut durchzustehen. Aus einer Grundhaltung der Hoffnung und aus dem Streben nach dem Gemeinwohl heraus sowie auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes begegnen wir der aktuellen Situation mit drei Positionen, die auf Beratungen der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz beruhen. Dabei sind Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung die Eckpfeiler, an denen wir uns theologisch und ethisch weiterhin orientieren müssen.

(1) Die Menschen brauchen in der Energiekrise Unterstützung durch gezielte Hilfen.

In Deutschland geht es innenpolitisch in erster Linie darum, die Last der stark gestiegenen Energiepreise abzumildern. Hierzu ist es richtig und wichtig, wenn Bund und Länder soziale Ausgleichsmaßnahmen beschließen. Dabei ist zu differenzieren, ob Menschen aufgrund steigender Energiepreise in Not geraten sind, ob sie diese durch Einsparungen an anderer Stelle kompensieren können oder ob sie Preissteigerungen ohne Einschränkungen hinnehmen können. Gezielte Hilfen für den einkommensschwächeren Teil der Bevölkerung, etwa durch angepasste Regelsätze in der Grundsicherung und die Reform des Wohngeldes, sind zu begrüßen. Wer durch steigende Preise in Not gerät, darf damit nicht alleine gelassen werden. Die Zusagen des Sozialstaates sind einzuhalten. Die staatlichen Hilfen müssen aber zielgenau ausgestaltet werden.

Mit Blick auf die Nachhaltigkeit und auf zukünftige Generationen darf nicht vergessen werden, dass der Staat nicht unbegrenzt über Geld verfügt und dass alte und neue Staatsschulden bedient und getilgt werden müssen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die hohen Kompensationserwartungen in der Breite der Bevölkerung langfristig nicht erfüllt werden können. Es gehört zu einem Menschenbild, das persönliche Freiheit und Verantwortung miteinander verbindet, dass Einschränkungen und Verluste zumutbar und tragbar sind. Dies ist ein Ausdruck der Solidarität mit denjenigen, die in der Ukraine und bei uns existenziell betroffen sind. Ich rufe daher zu Solidarität und Besonnenheit auf, um eben auch langfristig widerstandsfähiger zu werden!

(2) Indem wir Energie sparen, weniger fossile Energieträger importieren und erneuerbare Energien entschlossen ausbauen, machen wir unsere Gesellschaft krisenfester.

Die Frage der Resilienz unserer Gesellschaft ist derzeit vor allem die Frage nach energetischer und sozialer Resilienz. Damit ist gemeint, dass die Funktionsweise des Systems selbst unter Belastung erhalten bleibt oder nach kurzer Zeit wiederhergestellt werden kann.

In den vergangenen Jahren haben wir uns an günstige Energie gewöhnt. In der neuen Knappheitssituation ist es jedoch das Gebot der Stunde, Energie zu sparen und eine

Gasmangellage zu vermeiden. Dafür braucht es weiterhin Sparanreize, Verhaltensanpassungen und Suffizienz. Angesichts der Dramatik der Energiekrise und der ökologischen Krisen müssen wir die Möglichkeiten der Anpassung unserer Lebensstile stärker als je zuvor nutzen. Unserer ethischen Verantwortung werden wir nur gerecht, indem wir dauerhaft Energie sparen. Diese Verantwortung im individuellen Handeln entspricht dem christlichen Menschenbild: Mit der richtigen Befähigung ist der Mensch zu Großem in der Lage. Letztlich muss sich jeder um die Gemeinschaft kümmern und einen Beitrag leisten. Auch diejenigen müssen zu den Sparanstrengungen beitragen, die sich höhere Energierechnungen leisten könnten. Geschieht dies nicht, handeln Einzelne zwar wirtschaftlich rational, aber in der Summe auf Kosten der Allgemeinheit.

Aus der Energiekrise zu kommen heißt, die Energieversorgung wieder an dem Dreiklang von Bezahlbarkeit, Sauberkeit und Sicherheit auszurichten. Das ist eine Herkulesaufgabe. Der Markt alleine führt aber nicht zum langfristigen Ziel der Klimaneutralität. Vielmehr ist dafür ein verlässlicher regulatorischer Rahmen erforderlich. Die energiepolitische Debatte muss stärker die Erhöhung der Energieeffizienz in den Blick nehmen und bei den erneuerbaren Energien braucht es ein größeres Angebot. Bis heute haben wir zu wenig getan, um die Energie aus Wasser, Sonne und Wind langfristig zu speichern oder über weite Strecken zu transportieren. Erneuerbare Energien müssen schnell und konsequent ausgebaut werden. Dazu muss die nötige Infrastruktur errichtet werden. Hierfür braucht es gesellschaftliche Solidarität, um Verfahren schneller vorantreiben und entsprechende Projekte ohne Zeitverzögerung umsetzen zu können. Unsere Einzelinteressen müssen auch hier hinter dem langfristigen gemeinsamen Ziel zurückstehen.

Es wirkt sich positiv auf die ökologische „Verträglichkeit“ unserer Gesellschaft aus, wenn wir unser Konsumverhalten ändern, den Energieverbrauch reduzieren und die Energieversorgung umstellen. Zudem mindert dies die Rückwirkungen unserer Lebensweise auf viele Länder im Globalen Süden. Diese Maßnahmen sind damit wichtige Bausteine für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen auf der ganzen Welt und für kommende Generationen. Die Solidarität mit der Ukraine ist also zugleich eine Solidarität mit der ganzen Menschheitsfamilie und mit zukünftigen Generationen. Damit schätze ich die Belastungen nicht gering, werbe aber für einen weiter gefassten Blick sowie für den politischen und persönlichen Mut, zu differenzieren. Diese mittel- und langfristige Perspektive kann Kraft geben, bald aus dem Krisenmodus zu kommen und als Gesellschaft vielleicht sogar gestärkt und resilienter aus der Krise herauszugehen. Ich rufe daher zu größtmöglicher Sparsamkeit und zu entschlossenem Handeln auf!

(3) Die Kirche hat in der Energiekrise eine Vorbildfunktion.

Von der ethischen Dimension ist gerade die Kirche mit ihrem hohen Energieverbrauch betroffen. Sie kann – als große Organisation – Vorbild sein, indem sie auch dort Energie spart, wo es wehtut, erneuerbare Energien weiter ausbaut und soziale Angebote ausweitet. Bewährt hat sich beispielsweise der Stromsparcheck des Deutschen Caritasverbands. Darüber hinaus ist aber mehr Kreativität für gezielte Angebote gefragt. Es ist wichtig, für die Menschen und ihre

Sorgen da zu sein. Das gilt sowohl mit Blick auf die Einrichtung von Wärmeräumen als auch für den geistlichen und menschlichen Beistand. Zugleich ist uns zumutbar, im Winter Kirchenräume nicht oder nur wenig zu beheizen. Denkbar ist zudem, vor Ort Gottesdienste, gemeindliche Angebote und andere Veranstaltungen weiter zu bündeln und Effizienzen zu nutzen. Dabei sollten jedoch keine Kontakte abbrechen. Schließlich können daraus weitere nachhaltige Impulse entstehen.

Von Bedeutung ist auch der Umgang mit zusätzlichen Kirchensteuereinnahmen, die mit den staatlichen Entlastungsmaßnahmen in der Energiekrise einhergehen. Im August 2022 haben die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz den Landeskirchen und (Erz-)Diözesen empfohlen, die zusätzlichen Kirchensteuereinnahmen nicht für allgemeine kirchliche Zwecke, sondern für die von der Energiekrise besonders betroffenen Menschen zu verwenden. In vielen Landeskirchen und Diözesen erfolgt diese Unterstützung beispielsweise durch die Einrichtungen und Dienste von Diakonie und Caritas. Überdies ist Kirche auch in der gegenwärtigen Krise ein Ort, wo Diskursräume eröffnet und Menschen mit unterschiedlichen Sichtweisen zusammengebracht werden. In solchen Räumen sollte für die Betonung von Solidarität und die Ausdifferenzierung einer Ethik des Verzichts Platz sein. Ich rufe daher dazu auf, als Kirche mutig voran zu gehen und dadurch solidarisches Handeln möglich zu machen!

Fazit: Entschlossenheit und Zuversicht

Die aktuelle Energiekrise lässt sich auch als Konsequenz unseres etablierten Lebensstils verstehen. Daher braucht es vor allen Dingen ein Umdenken bei uns selbst und mehr Solidarität. Zugleich müssen wir die globalen Auswirkungen der Pandemie, des Ukrainekrieges und des Klimawandels im Blick behalten. Jede und jeder soll das haben, was man zum Leben braucht. Davon sind wir aber weit entfernt. Auf der Weltklimakonferenz in Ägypten im November 2022 erklärte UN-Generalsekretär António Guterres mit dramatischen Worten, wir seien „auf einem Highway in die Klimahölle“. Diese Wortwahl ist ein ebenso anschaulicher wie alarmierender Aufruf zur Umkehr. Ähnlich formulierte es Papst Franziskus einen Monat zuvor während eines Besuchs in Assisi: „Die Erde brennt heute, und wir müssen heute etwas ändern, und zwar auf allen Ebenen.“ Es kommt im Hier und Jetzt auf uns an, als Gesellschaft und ganz persönlich. Unsere große Sorge um die sozialen Auswirkungen der Energiekrise sowie um die dramatischen Veränderungen unseres Planeten verlangt unser besonnenes, aber entschlossenes Handeln. Bleiben wir dabei im Vertrauen auf Gott zuversichtlich: Glauben wir an die positiven Kräfte der Veränderung, muten und trauen wir den Menschen etwas zu und helfen wir dort, wo es nötig ist!